

VON MARTIN GERNER, KUNDUS

Es ist etwa drei Wochen her, da explodieren erneut Tanklaster in Kundus. Drei an der Zahl, randvoll mit Treibstoff. Sie explodieren mitten in der Stadt. Die ganze Nacht brennt es, meterhoch steigen die Flammen in den Himmel.

Noch in der Nacht gehen bei lokalen Journalisten Bekennermails von den Taliban ein. Doch: „Bloß ein Unfall!“, melden am nächsten Morgen die afghanischen Behörden. Der Gaskocher der Fahrer sei mit dem Treibstoff in Berührung gekommen. Doch in der Tankwanne eines Lasters klafft ein riesiges Loch. War das ein Einschuss? Eine Sprengladung?

Ein Vertreter des Gouverneurs lädt die Journalisten zu den ausgebrannten Wracks, schildert seine Sicht der Dinge. Wie das Loch in den Laster kommt, vermag er nicht zu erklären. Es gilt auch diesmal und auch unter Afghanen, den Anschein von Normalität zu wahren.

Auch Abdul Razzaq Yaqubi hält an der Version eines Unfalls fest.

Der Mann trägt graublau Uniform und einen Schnauzer. Er hat einen Schreibtisch, aber an dem sitzt er nicht oft. Hinter dem Schreibtisch hängt an der Wand eine Landkarte. Gespickt mit Informationen.

Bunte Pfeile sind auf die Karte gemalt: Taliban-Bewegungen in schwarz, Stoßrichtungen von Polizei und Militär in blau. Pappkärtchen stehen für Truppenkontingente. Für Details braucht man einen Dolmetscher, aber auch ohne erkennt man Abdul Razzaq Yaqubis Anspannung. Der General ist Polizeichef von Kundus, er war das schon am 4. September, als in deutschem Auftrag zwei Tanklaster beschossen wurden und dabei mehr als 140 Menschen starben oder schwer verletzt wurden. Er gehört zu denen, die von toten Taliban und toten Zivilisten schon damals wussten.

Abdul Razzaq Yaqubi wirkt angeschlagen. Halb zugefallene Augen, langsame Sätze. Fast flüsternd diktiert er seinem Adjutanten einen Brief, der ein Offenbarungseid ist: „...brauchen wir noch weitere 300 Polizeikräfte zur Verstärkung der Sicherheitskräfte. Und eine weitere Hundertschaft zum Schutz von UN-Büros und ausländischen Einrichtungen. Andernfalls werden wir im nächsten Frühjahr mit wachsenden Sicherheitsproblemen konfrontiert.“

Drei Mal schon, sagt der Polizeichef, habe er ähnliche Schreiben nach Kabul geschickt, ans Innen- und Verteidigungsministerium. Vergebens.

„Wie geht es Herrn Klein?“, erkundigt er sich dann nach der Debatte in Deutschland, namentlich nach dem Oberst, der den Einsatz befahl. Er steht auf Kleins Seite. Wer Zweifel an der Richtigkeit des Vorgehens habe, sagt er, solle sich in Char Dara selbst umsehen. Abdul Razzaq Yaqubi gibt mit sanfter Stimme den Standhaften. Ob aus Überzeugung, sei dahingestellt. Er wäre nicht der erste Behördenchef in Kundus, der insgeheim anders denkt.

Anders denken und anders reden – das tut Yaqub, ein afghanischer Journalist. Die Menschen aus der Gegend, in der der Luftangriff erfolgte, seien immer noch aufgewühlt, sagt er, auch wenn sich das nicht in Demonstrationen äußere. Ja, ihre Meinung über die Deutschen habe sich verändert. „Es würde helfen, wenn jetzt weitere Zeichen der Annäherung kämen.“ Die Zustimmung für eine Entschädigung der Hinterbliebenen sei ein richtiger Schritt. „Aber die Menschen sagen auch: Bleibt weg! Tötet uns nicht.“

Yaqub erinnert sich an den Luftangriff. Daran, dass die „echten Taliban-Kommandeure“ zum Zeitpunkt des Luftangriffs nicht mehr bei den Tanklastern gewesen seien, dafür aber viele Zivilisten.

„Ein Übermaß an zerstörerischer Gewalt“, nennt ein weiterer Journalist den Angriff. Taliban anzugreifen sei leicht zu rechtfertigen, sagt er und erinnert sich, dass dies auch die Version der Verantwortlichen in Kundus am Tag nach dem Angriff gewesen sei.

Tagelang hatten die afghanischen Medien damals auf eine offizielle Erklärung gewartet. Aber wie häufig, wenn es brenzlich wird, versiegte der Informationsfluss von Seiten der Isaf-Truppe. Zugleich blieb der angenommene laute Aufschrei der Einheimischen aus. Die Afghanen blieben friedlich. Empörung gab es in Deutschland, wo der Einsatz mehrere Karrieren beendete und ein parlamentari-



Unfall oder Anschlag? Ein Polizist bewacht am 21. November die Reste von drei ausgebrannten Tanklastern. Wie es zu dem Feuer kam, ist unklar. Und das ist symptomatisch.

Foto: Martin Gerner

Sie haben auf eine Erklärung gewartet – tagelang und vergebens

Auf Abstand

Die Bombardierung der entführten Tanklaster in Kundus erschüttert die Politik der Bundesrepublik. Aber das ist längst nicht alles.

Sie hat in Afghanistan Angst und Misstrauen ausgelöst – und nun sagen manche Menschen zu den deutschen Soldaten: „Bleibt weg! Tötet uns nicht!“

sches Nachspiel haben wird. Aber auch in Kundus hat der 4. September Erschütterungen ausgelöst. Es sind subtilere.

Bibi Gul beispielsweise ist ein Seismograf für die Spätfolgen. Sie ist Polizistin in Kundus, eine der wenigen, die gelegentlich noch in Uniform zur Arbeit gehen. Vielen ihrer Kolleginnen, sagt sie, sei das mittlerweile zu riskant. Polizeibeamte gelten als das häufigste Angriffsziel von Anschlägen. Bibi Gul hat zu sich nach Hause eingeladen, das birgt für sie ein Risiko. Ihr Sohn hat sie gewarnt, „was ist, wenn das jemand mitbekommt“, habe er sie gefragt. Dass Ausländer bei ihnen zu Hause sind, in einem Viertel am Stadtrand, das Bibi Gul selbst nicht ganz geheuer vorkommt. Aber mit ihrem Gehalt kann sie sich das Wohnen im Zentrum nicht leisten. „Früher hatte ich eine Pistole im Dienst. Jetzt habe ich nicht einmal mehr eine Schrotflinte zu Hause.“ Sie fürchte sich, sagt sie. Die Angst vor Denunziation ist überall spürbar. Und sie hat merklich zugenommen.

Die Einheimischen beziehen das: Ja, es gebe da sehr wohl einen Zusammenhang

mit den Ereignissen vom 4. September. Seitdem hätten Angst und Misstrauen zugenommen. Seitdem habe sich das Leben in der Stadt verändert.

Bekannte, die einen vor sechs Monaten mit offenen Armen empfingen, lassen sich jetzt verleugnen. Verabredete Interviews und Termine platzen von heute auf morgen. Gesprächspartner sind plötzlich unerreichbar. Viele zivile Helfer, Journalisten, Diplomaten und Berater bekommen die Folgen einer zunehmenden Militarisierung zu spüren.

Kenner der Bundeswehr in Kundus datieren eine wesentliche Veränderung auf das Frühjahr 2008 zurück. Damals habe die Bundeswehr in Kundus noch Aufständische den örtlichen Sicherheitsbehörden überstellt. Diese seien aber oft genug wenig später wieder auf freiem Fuß gewesen

und hätten Deutsche und Isaf-Truppen erneut bekämpft. Anfang September, zu der Zeit also, als Oberst Klein den umstrittenen Befehl gab, wurden die deutschen Militärs gerade von den US-Amerikanern heftig für ihr zögerliches Vorgehen kritisiert. „Wenn die es nicht in die Hand nehmen, dann tun wir es eben“, hieß es damals von US-Seite. Mag auch dies Oberst Klein bewegt haben, aufs Ganze zu gehen?

Für die Afghanen ist die Situation in ihrem Land auch immer schwerer zu durchschauen. Welche Truppe agiert wo und wie und mit welchem Mandat? Es gibt immer wieder Überschneidungen, die Übersicht zu behalten ist nicht leicht. Dazu kommen die vielen Drohungen der Taliban, die auch in der Bevölkerung durchaus Wirkung entfalten. Und dann die Unzufriedenheit mit den eigenen Leuten.

Viele Bewohner von Kundus empfinden den amtierenden Gouverneur Mohammed Omar als Ausbund von Korruption und Vetternwirtschaft und wären ihn gerne los. Aber US- und deutsches

Militär arbeiten mit Gouverneur Omar zusammen. Sorgen sie so für mehr Sicherheit oder stützen sie einen, der für Unsicherheit sorgt?

Nicht nur General Abdul Razzaq Yaqubi, der Polizeichef, wünscht sich mehr Beamte. Auch deutsche Soldaten, die für die Bundeswehr Patrouille fahren und im Kampf sind, fühlen sich überlastet.

Drei Soldaten sitzen in einer Wartehalle des Flughafens von Kundus, junge Gesichter, Mitte zwanzig mögen sie sein. Sie reden nüchtern. Frei von Illusionen, die anderswo noch gepflegt werden, so scheint es.

„Wir bräuchten eigentlich Ablösung, um nicht unter Dauerstress zu stehen. Aber dafür reicht das Personal nicht“, erzählt einer von ihnen. Zwar heißt es, bis zu 80 Prozent der Soldaten würden das Camp nicht verlassen, aber offenbar empfindet ein Teil der Truppe, dass die Belastung ungleich verteilt sei.

„Das ist Kampf hier. Wiederaufbau geht im Moment nicht“, sagt einer.

Im Bezirk Char Dara hätten die Deutschen eine Brücke gebaut. Quasi über

Nacht sei sie wieder gesprengt worden. Er selbst habe einen Freund verloren. Auf einer Patrouillenfahrt im vergangenen Jahr. Ein Selbstmordattentäter sprengte sich vor dem Fahrzeug seines Vordermanns in die Luft. Danach habe es ein Angebot durch einen Psychotherapeuten gegeben. Er habe das nicht gebraucht. Das Leben gehe irgendwann weiter. Er komme damit ganz gut klar.

Sein Kamerad hat das Maschinengewehr vor sich aufgestellt. „Eine einzige Fehlkonstruktion“, klagt er. Die Handstütze sei unzuverlässig, und ein Metallhaken auf Höhe der Schusshand verbiege sich durch die Hitze bei Mehrfachfeuer.

Bis hoch zum Hals reicht die Panzerung der Männer. Außen an Jacke und Hose sind mehrere Taschenfächer. Für Funkgerät. Taschenlampe. Flares, eine Art Notlicht, das sich in den Himmel schießen lässt bei Gefahr. Eine Pistole im Kunststoffschaff. Andere haben ihre Pistole um das Bein gebunden.

Mehr als 20 Kilo wiegt das Material. „Ich spüre es schon nicht mehr“, sagt der eine von ihnen.

Rund 110 Euro pro Tag beträgt der Sold mittlerweile für viele. Ungerecht, findet ein Soldat. Während er draußen in Kundus seinen Kopf hinhalte, blieben andere im Lager oder leisteten Dienst in Mazar-i-Scharif, weiter im Nordwesten, wo es deutlich ruhiger sei.

Junge Afghanen wären froh, wenn sie so viel in der Hand hielten. In ihren Ohren klingt die Klage wie Hohn. Ihr Durchschnittsverdienst liegt bei einem Zehntel. „Das können wir nicht nachvollziehen“, sagt Hasibullah, ein junger Student, der für kleines Geld bei einer lokalen Hilfsorganisation arbeitet. Begegnungen zwischen deutschem Militär und Einheimischen sind selten geworden.

„Lotfan dur boshid!“, steht auf den gepanzerten Fahrzeugen der Isaf: „Halten Sie Abstand!“



Schutztruppe, Schutzlose. Die deutschen Soldaten haben durch den Angriff vom 4. September an Beliebtheit verloren. 140 Menschen kamen beim Beschuss der Tanklaster ums Leben oder mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus.

Fotos: AP

